

# Klassenkampf in Europa

Der Klassenkampf in Europa hat sich im letzten Jahr zunehmend ausgeweitet. Das wird auch die deutsche Arbeit-klasse inspirieren.

Als die **österreichische** Regierung Anfang 2003 ihrer Pläne zum Rentenklau vorlegte, in denen eine Kürzung der Renten um 30% und die Abschaffung der Frühpensionierung ab 2013 vorsahen, regte sich der Protest an der Basis der Gewerkschaften.. Anfang Mai folgte schon ein kürzerer Streik und am 13. Mai waren 200.000 Beschäftigte in Wien auf der Straße, was zeigte, dass eine Massenmobilisierung gegen den Rentenklau möglich war. Der Ruf nach einem Generalstreik wurde an der Basis immer lauter. Die Gewerkschafts- führung versuchte gegen die Forderung des Generalstreiks zu argumentieren. Der ÖGB-Vorsitzende Verzetnitsch erklärte, dass ein Generalstreik nur dann gerechtfertigt sei, wenn die Demokratie bedroht ist und die Gefahr bestehen würde, dass der Faschismus vor der Tür steht. Trotzdem setzte sich die Forderung durch.

An dem Generalstreik am 3. Juni beteiligten sich eine Million Arbeitnehmerinnen aus dem öffentlichen Bereich, dem öffentlichen Verkehr und in den ehemaligen staatlichen Betrieben wie der Stahlindustrie. In 18.000 Betrieben standen alle Räder still, obwohl die Gewerkschaftsführung den Streik schlecht organisierte hatte, waren trotzdem mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen im Ausstand. Die Schwarz-blaue Regierung sah sich aufgrund der Proteste gezwungen einen „Kompromißvorschlag“ zu unterbreitern, der eine angebliche Kürzung von „nur“ 10%, in Wirklichkeit 14-15%, und das Ende der Frühpensionierung statt 2013 nun 2017 beinhaltete. Bei den vorherigen Verhandlungen zwischen ÖGB und Regierung hatte die ÖGB Führung noch den „Kompromißvorschlag“ als vollkommen ungenügend und unsozial abgelehnt. Trotzdem brach die ÖGB-Spitze die Abwehrstreiks von Anfang Juni von nach drei Tagen ab und erklärte, dass nun versucht werden würde die Abgeordneten zu überzeugen und mit einer „Infokampagne“ die Kritik an den Regierungsplänen fortgesetzt würde. Dies

endete dementsprechend mit einer Niederlage. Der Streikabbruch durch die ÖGB-Spitze stieß auf breites Unverständnis vieler KollegInnen.<sup>1</sup>

Auch die **italienische** Regierung legte 2003 ein Reform zum Rentenklau vor. Diese sieht eine Anhebung des Rentenalters von derzeit 60 auf 65 Jahre bis 2008 vor, es sollen nur noch Beschäftigte in Pension gehen dürfen, die bereits 40 Jahre gearbeitet hat.



## EXTRA

Auf diese Kürzungspläne reagierten die drei Gewerkschaftsverbände CISL, CGIL und UIL im Oktober mit dem Aufruf zu einem vierstündigen Generalstreik, der ganz Italien lahm legte. In rund hundert italienischen Städten gingen insgesamt über 1,5 Millionen Menschen auf die Straße. Die größte Demonstration fand in Mailand statt, wo gut 200.000 Teilnehmer dem Gewerkschaftsaufruf folgten.

Auch in Rom, Neapel und Bologna protestierten jeweils rund 100.000 Menschen gegen die Rentenkürzungen. Am 20. Dezember 2003 schlossen die Führungen der CGIL, CISL und UIL mit der italienischen Regierung einen neuen Tarifvertrag für den Nahverkehr

ab. Darin wurde neben einer Lohnerhöhung von 81 Euro im Monat auch eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine weitgehende Streichung der Pausen vereinbart.

Die Italienischen Kollegen waren mit diesem Ergebnis nicht einverstanden und fühlten sich betrogen. In der italienischen Zeitung *La Repubblica* wurde der Mailänder Busfahrer Carmelo Zotti folgendermaßen zitiert: »Es ist eines der ersten Rechte des Arbeiters, in Ruhe pinkeln zu gehen« und »Von der Pausenregelung hätten sie besser die Finger gelassen.« und weiter »Wir waren vorher schon ärgerlich, aber jetzt kochen wir vor Wut«.

Diese Wut zeigte sich am 10. Januar 2004 in den Aktionen der Arbeiter. Fast 120.000 Beschäftigte des öffentlichen Nahverkehrs legte Italien lahm. Bereits ein Tag zuvor fielen wegen eines Streiks der italienischen Fluglotsen rund 600 Flüge aus. Tags darauf fuhren im ganzen Lande ab Neun Uhr morgens weder Busse noch Straßenbahnen oder Lokalzüge. Lediglich für den Berufsverkehr wurde der Streik kurz ausgesetzt. Die streikenden Beschäftigten verlangten monatlich 106 Euro mehr Gehalt. Außerdem forderten sie den Erhalt der bisherigen Arbeits- und Pausenregelungen.

Der 24stündige Generalstreik wurde von verschiedenen linken Basisgewerkschaften ausgerufen, die sich zur „Kampfkoordination des Nahverkehrs“ zusammengeschlossen hatten. Obwohl die Basisorganisationen in diesem Sektor nur einige tausend Mitglieder zählen, beteiligten sich praktisch sämtliche Beschäftigte an dem Streik. Laut Giampietro Antonioni, Sprecher der „Kampfkoordination“, befanden sich fast 100 Prozent im Ausstand. Die italienischen Behörden mußten eine Streikbeteiligung zwischen 60 und 80 Prozent in den verschiedenen Städten zugeben. Laut den Gewerkschaften CGIL und UIL, folgte auch ein Großteil ihrer Mitglieder dem Aufruf der Basisorganisationen.

Bereits im Dezember hatte sich abgezeichnet, daß sich die Bus- und Straßenbahnfahrer nicht mit den Verhandlungsergebnissen der Großgewerkschaften zufriedengeben werden. Immer wieder war es vor allem in Mailand und

<sup>1</sup>„Streiks in Österreich“, 15. Dezember 2003. [www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

Genua neben den offiziellen Protesten zu „wilden Streiks“ und Besetzungen der Busdepots gekommen.<sup>2</sup>



### Italien im Ausstand gegen den Rentenklau

Auch in **England** zeichnet sich ein Aufleben der Klassenkämpfe ab. Wegweisend zeigte sich der Streik der Postarbeiter der Royal Mail. Schon im Sommer 2003 hatte es einen wilden Streik der Check-in Mitarbeiter am Heathrow Flughafen gegeben.

Im August 2003 rief die CWU (Gewerkschaft der KommunikationsarbeiterInnen) zu einem nationalen Streik für höhere Löhne auf. Dieser sollte mit der selben Taktik, wie sie in den letzten Jahren bei den Arbeitskämpfen in England, mit Ein oder Zwei Streiktagen und punktuellen Streiks gegen einzelne Betriebe ausgefochten werden. Diese Streiktaktik wird auch in Deutschland seit den 80er angewendet und beim Ostmetaller Streik letzten Jahres konnte man klar sehen, dass diese Taktik in der heutigen Situation des Frontalangriff der Bourgeoisie, für uns Arbeiter nicht die richtige Waffe sein kann um unsere Forderungen erfolgreich durchzusetzen.

Auch unsere britischen Kollegen haben diese Erfahrungen gemacht. Auf den Aufruf der CWU reagierte das Management im folgenden Monat mit internen Repression. Zeitgleich beschworen die bürgerlichen Zeitungen mit einer breite Medienkampagne das "Post-Chaos" herauf. Bei der Abstimmung im September wurde gegen den nationalen Streik mit 48,038 Stimmen gegen 46,391, die für den Streik gezählt wurden, gestimmt. Wie sich zeigen sollte, vertrauten die Arbeiter nicht mehr der Gewerkschaftsführung, sondern setzten auf direkte Aktionen von unten.

Schon kurz nach der Abstimmung folgten wilde Streiks in den Postämtern

in Oxford und Wolverhampton und ein offizieller Streik für einen "Hauptstadtzuschlag" in London. In dieser Situation sah sich das Management in der besseren Position, es rechnete nach der Abstimmung gegen einen nationalen Streik mit einer Isolation der ArbeiterInnen und versuchte auf lokaler Ebene die Bedingungen zu verschärfen. Nach dem offiziellen Streik in London drückte das Management den jeweiligen Zentren sogenannte "back-to-work-agreements" auf, neue Verträge, die die Überstundenplanung für die liegengebliebene Arbeit regeln, aber auch die Aufgaben einzelner ArbeiterInnen und Arbeiter ausweiten sollten.

Auf diese Provokation hin begann Ende Oktober 2003 ein wilder Streik zeitgleich und unabhängig voneinander in einem Postzentrum in Greenford-London als Reaktion auf einen Konflikt im Verteilzentrum Southhall, und in Dartford-London, nachdem ein Fahrer sich weigert, Briefe, die auf Grund des offiziellen Streiks liegengeblieben waren, zu einem mit LeiharbeiterInnen betriebenen Verteilzentrum zu fahren. Als er daraufhin entlassen wurde, reagierte seine 400 Kollegen mit spontaner Arbeitsniederlegung, das Management versuchte die Arbeit den anderen Postzentren aufzudrücken und sorgte so für die Ausweitung des Streiks. Innerhalb von nur elf Tagen waren 20.000-25.000 ArbeiterInnen im Ausstand, die meisten von ihnen in London und Südenland, mehr als 16 Millionen Postsendungen pro Streiktag lagen auf Halde, nach wenigen Streiktagen mußten 10.000 überquellende Briefkästen in London versiegelt werden.

Am 29. Oktober schickte die Gewerkschaftsspitze der CWU einen öffentlichen Brief herum "Wie das Problem inoffizieller Streiks zu lösen sei", indem sie sich offiziell von den Streiks distanziert, aber das Management für sie verantwortlich machte und zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufrief.

In einigen Postzentren wurde diese Erklärung vom Management auf Versammlungen vorgelesen, um die Leute zurück an die Arbeit zu bringen. Ansonsten reagierte das Management nicht auf die Forderungen der Gewerkschaft und schickte statt dessen Angestellte aus anderen Landesteilen als Streikbrecher in die Konfliktzone.

Insgesamt beteiligten sich mehr als 35.000 Beschäftigte am wilden Streik.

Am 3. November war das Management in die Knie gezwungen, es sicherte zu, dass alle Repressionen, Entlassungen, lokalen Vereinbarungen zurückgenommen wurden. Der Schlüsselfaktor zum Erfolg waren die Basisorganisationen, die den Poststreik von unten leiteten. Die lokalen Repräsentanten um das London Divisional Committee organisierten die Aktionen. Auch die Basisorganisationen der Zeitung Post Worker spielten eine wichtige Rolle, sie produzierten Strike Plakate, und tägliche Streik-Bulletins, die einen positiven Rahmen für den Streik lieferte.



### Britischer Postarbeiter in Streikkette

Der Poststreik hat Schlüsselsektionen der britischen Arbeiterklasse einige wichtige Lektionen aufgezeigt. So zeigte er, dass schnelle umgreifende Aktionen viel effektiver sind als die üblichen Gewerkschaftsstrategien. Kurz nachdem der Poststreik beendet war, traten die Feuerwehrlente in verschiedenen Regionen in einen wilden Streik, nachdem ihnen die beim letzten Streik erkämpfte Lohnerhöhung nicht ausgezahlt wurden. Die Welle der wilden Streiks setzte sich fort, und griff auch auf die Öffentlichen Beschäftigten über.

Es zeigt sich, dass der Klassenkampf wieder auf der Tagesordnung steht. Neben Österreich und Italien hatte es 2003 auch noch in Spanien und Frankreich Generalstreiks gegeben. In ganz Europa versuchen die Herrschenden die Krise auf den Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. Die Kürzungen werden weiter gehen, aber unserer Kampf gegen sie wird weitere Kreise ziehen und an Intensität gewinnen. Die Kämpfe unserer Kollegen werden als Beispiel für viele weitere Kämpfe dienen und die Herrschenden das Fürchten lehren.<sup>3</sup>

<sup>2</sup>„Die Instrumente gezeigt“, 20.06.02, junge Welt / „Millionen im Streik“, 25.10.2003, junge Welt / „hunderttausende in Rom“, 06.10.2003, j.W.

<sup>3</sup>„The Wildcats are Back“, Dezember 03, www.swp.org.uk / „zirkular 65“, November 03, www.wildcat-www.de

# Hände weg vom Flächentarif und DGB!

Zum Weihnachtsfest im Jahr des Herrn 2003 werden wir reich mit Lohn- und Sozialkürzungen beschert. Und der Weihnachtsmann bringt uns dazu noch eine ganz besondere Überraschung mit, den Harzer Käse als Dumpinglohn. Und das schönste daran ist, wir dürfen den Lohnkiller auch noch selber bezahlen.

Seit 1992 stiegen die Gewinne um 100% und sank unser effektiver Nettorealohn um 4,4%. Pro Jahr verloren wir Arbeiter durchschnittlich 0,4% an Kaufkraft. Dies war noch einigermaßen zu ertragen, da die kapitalintensiven Waren auch inflationsbereinigt billiger wurden, nicht so viel wie die Arbeit, aber immerhin dämpfte dies den Lohnraub etwas ab.

Dann brach aber die USA den 3. Weltkrieg vom Zaun, nur um ihre Weltherrschaft zu behalten. Ein Run auf den chinesischen Kapitalmarkt begann. VW will dort in den nächsten 5 Jahren 6 Milliarden Euro investieren, mehr als es in Deutschland in den letzten 15 Jahren investierte. 46% aller chinesischen Autos kommen aus dieser Schmiede. Mercedes ist mit 1 Milliarde dabei. Infention zieht es nach China, alle Großunternehmen und auch die mittelständigen. Schließlich produziert der chinesische Kollege für 60 Cent genau so produktiv wie in Wolfsburg. Ähnli-

ches gilt in den Ostländern Polen, Slowakei, Tschechei, Ungarn usw.. Hier konkurriert der Arbeiter für 2 €uro mit der gleichen Produktivität.

Das gesamte Kapital sieht deshalb nur ein weiteres wirtschaftliches Wachstum und damit den Erhalt der restlichen Arbeitsplätze in Deutschland, wenn es die Arbeiter in die Nähe der Billiglöhner bekommen und kräftig die Löhne sowie die Lohnnebenkosten kürzen.

Der Anfang ist schon gemacht. Der Staat hat bereits Sozialkürzungen beschlossen, die lt. Seehofer, der die Krankenversicherungskürzung mit vorgeschlagen hat, allein schon durchschnittlich 10% betragen. (Siehe Tabelle)

Die Jahreslöhne sind bei den Beamten und in vielen Betrieben schon kräftig gekürzt worden durch Streichung der Urlaubs- und Kürzung der Weihnachtslöhne sowie Verlängerung der Wochenarbeitszeit. Dieser Lohnraub muß schon viele Kollegen in vielen Betrieben betroffen haben, da Finanzminister Eichel immer blasser wird, wenn er die sinkenden Einnahmen bei der Lohnsteuer bekannt geben muß.

Bei Opel Rüsselsheim dürfen die Kollegen nur noch 30 Stunden ohne Lohnausgleich arbeiten, was eine

Kürzung von 14,8% ist. Bei Aeskulap müssen die Kollegen 5 Stunden Gratisarbeit im Monat leisten, andernfalls hat der Eigner mit der Verlagerung ins Ausland gedroht. Commerzbank: Keine Betriebsrente mehr mit Ausnahme des Vorstandes. Gerling: Bis 50% weniger Betriebsrente rückwirkend ab 96. Die Betriebsrente wurde in vielen Betrieben gekündigt. Dies hat auch den Vorteil für das Kapital, dass diese Kürzung sich nicht auf die Einkommenshöhe in der Lohnstatistik auswirkt.

Bei Siemens wurden 1.000 Kollegen entlassen und zum 70%igen Lohn als PSA'ler (Personal Service Agenturen - Leiharbeitsfirmen, die im Auftrag des Arbeitsamtes arbeiten) wieder eingestellt, und das auch bei der Post und vielen anderen Betrieben, und das Arbeitsamt gibt nochmal bis zu 70% aus unserem Arbeitslosenversicherungsbeitrag (Bei über 50jährigen, bei Langzeitarbeitslosen/ab 6 Monaten und bei Behinderten) an die Firmen dazu, so dass diese oft nur 4 €uro zahlen müssen. Die Regierung verfolgt damit den Plan, dass wir Arbeiter selber unseren eigenen Dumpinglohn bezahlen sollen, um mit diesem Lohnraub den Standort Deutschland gegenüber den Billiglohnländern wieder attraktiv zu machen

Besonders die arbeitslosen Kollegen müssen mit radikalen Kürzungen ihrer Einnahmen rechnen, da sie auf Sozialhilfeniveau gekürzt werden., noch 2 Jahre lang mit 20% Aufschlag aber dann Sozihohle pur.

Jeder schlaue bürgerliche Professor „weiss“ scheinbar, dass „unsere“ Wirtschaft nur deshalb kaputt geht, weil die Lohnstückkosten in Deutschland zu hoch seien und das Kapital jammert, dem Arbeiter müsse es noch schlechter gehen, damit es der deutschen Wirtschaft wieder besser gehe und die Aktien steigen.

Dabei wird in Frankreich, in England, in Österreich, in Australien, in Japan, in den USA, kurz in der ganzen Welt massiv gekürzt. Also wird durch die Senkung der Lohnstückkosten in Deutschland nicht mehr Kapital angezogen, weil weltweit die Lohnstückkosten gesenkt werden und das Kapital wandert weiter nach China, Tscheschien, Polen und allen McJobs-Ländern ab.

## **Bundesstaatliche Kürzungen**

### **nach dem Afghanistan Krieg:**

Tabak- und Versicherungssteuererhöhung

Streichung der Lohnsteuerklasse 2 für Alleinerziehende

Kürzung des Arbeitgeberanteils um 2% vom Bruttolohn für die Rentenversicherung (Riester-Rente)

Krankenhauskostenfallpauschale

### **nach dem Irak Krieg**

Zahnversicherung selber bezahlen

Krankengeldversicherung selber bezahlen

Arztbesuch 10 €

Eigenbeteiligung 2% vom Brutto (Chronisch Kranke 1%)

Keine Erstattung mehr der Medizin ohne Nebenwirkung (pervers)

Krankenhauseigenbeteiligung bis 280 € für 14 Tage

Keine Fahrtkostenübernahme zum Krankenhaus

Pflegegeld für Altersheimbewohner nur noch 50%

Rentner zahlen 100% Pflegeversicherung

Abzug von 50% der Riester-Rente bei Arbeitslosigkeit

Betriebsrentner zahlen 100% der Krankenkasse

Keine Anrechnung des Studiums und der Ausbildung für die Rente

Frührente erst ab 63 (Vorher 60)

Arbeitslosenhilfe nur noch Sozialhilfe (Die ersten 2 Jahre + 20%)

Jede Arbeit (Auch Akademiker) zu „ortsüblichen“ Löhnen

Kilometergeld nur noch 30 Cent (Vorher 35/40 Cent)

Eigenheimzulage 30% weniger

Streichung der Steuerbefreiung für Nacht- und Feiertagszuschläge

In den USA wurden die Kriege nur mit Schulden bezahlt und die Konsumzurückhaltung führte zu einer Investitionszurückhaltung und eine Inflation in Amerika wird schnell die ganze Welt mitreißen. Wenn der Anlasser USA verglüht ist, wird der Weltwirtschaftsmotor nicht mehr anspringen.

Die Gegenwehr ist aber schon aktiv und schläft nicht. In England folgt ein wilder Streik nach dem anderen und in Europa häufen sich die Generalstreiks.

In der staatskapitalistischen DDR gab es 1989 eine ZK-Sitzung, auf der festgestellt wurde, dass der Staat pleite ist und man auch keine Kredite mehr erwarten kann. 2 Tage später spazierten 100.000 Kollegen durch Leipzig und es war um den gewaltigen diktatorischen Machtapparat geschehen. Nun werden bei den privatkapitalistischen Ländern die Kassen leer und es werden nur Spaziergänge der Arbeitermassen notwendig sein, um auf der ganzen Welt die Kriegstreiber davonzujagen.

Noch (Januar 2004) rechnen die Kollegen mit einer Erholung des Systems, aber wir werden schnell lernen müssen, dass wir uns nur auf uns selber verlassen können. Nur wir Arbeiter selber werden die Marktwirtschaft über Bord werfen und eine solidarische Welt nach ihren Bedürfnissen errichten können. Es spielt keine Rolle, wie der Kollege jetzt denkt, sondern es entscheidet nur sein objektives Interesse. Nicht das Bewusstsein herrscht über das Sein, sondern das gesellschaftliche Sein über das Bewusstsein.

Noch 1914 sind die Arbeiter mit Hurra in den Krieg gezogen, das hielt sie aber nicht davon ab, 1918 den Kaiser davonzujagen. Ab und zu macht die Geschichte Sprünge. Die Kollegen sind inzwischen schon so geschult, dass sie locker die Geschicke eines Staates selber lenken kann. Wenn er alleine ist, ist er nur verzagt. Aber wenn er im Betrieb mitkriegt, dass auch die Kollegen die Schnauze voll haben, dann genügt ein Funke, und die Schröders, Bushs, Berlusconi und Blairs werden schnellstens die Beine in die Hand nehmen und sich aus dem Staub machen.

*»Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, daß die "unteren Schichten" in der alten Weise "nicht leben wollen", es ist noch erforderlich, daß die "oberen Schichten in der alten Weise "nicht leben können".«*

(Lenin: "Der Zusammenbruch der II. Internationale", LW 21, S. 206)

Diese Bedingung ist jetzt weltweit ausser in China eingetreten - überall sind die Kassen leer - und in China wird diese Bedingung auch ganz schnell kommen, wenn die Weltwirtschaft zusammen gebrochen ist, denn die organische Zusammensetzung des Kapitals ist dort auch schon so hoch wie in den alten Industrieländern und ohne Export gehen die Sonderprofite verloren und die Profitrate fällt schlagartig auf das allgemeine Niveau. Schliesslich wird die Produktion dort mit genau so wenig Arbeitern durchgeführt wie hier, und nur sie sind ja die einzige Quelle des Mehrwerts.

Nach Marx geht ein System niemals unter, bevor nicht alle Produktivkräfte ausgeschöpft sind. Auch diese Bedingung ist erreicht. Der Computer und das Internet waren die letzte große Innovation und außerdem sind alle wesentlichen nichtkapitalisierten Märkte jetzt kapitalisiert (oder barbarisiert). Es wurden Millionenheere entlassen, die nun überall die Binnennachfrage schwächen. Erst die Zerstörung des konstanten Kapitals, also der Fabriken, durch einen Weltkrieg zwischen den Industrieländern und neue Innovationen könnten zu einem neuen grossen Aufschwung führen. So ein Weltkrieg aber würde die atomare Vernichtung der Menschheit bedeuten. Wir stehen jetzt vor der Frage: Sozialismus oder Barbarei!

Wir sind aber überzeugt, dass es zum Sozialismus kommen wird. Jetzt schon häufen sich weltweit die Streiks und Demonstrationen der Arbeiter. Nur in Deutschland gehen sie ihren Widerstand noch zögerlich an.

Aber immer dann, wenn die Führung aufrief, kam auch die Basis. Beispielsweise bei der grossen Antikriegsdemonstration vor dem Irak-Krieg. Erst wurde nur von der Friedensbewegung mobilisiert und man rechnete dort bei optimistischer Schätzung mit 150.000 Teilnehmern. Letztlich rief aber VERDI mit auf und im Nu waren es 500.000.

In Nordrhein-Westfalen gab es schon eine Beamtendemonstration mit 50.000 Kollegen. Gut vertreten waren besonders die Kollegen der Polizei. Das zeigt auch, dass die Revolution ein Spaziergang sein wird, da die Mannschaftsgrade der Polizei und sicher auch der Armee auf der Seite der Arbeiter sind.

Es wird so stark gekürzt werden - Schröder hat ja schon weitere „Reformen“ angekündigt -, dass die Kollegen zum Streik greifen müssen. Wenn die Massenmedien die Streiks in Europa nicht mehr verheimlichen können, werden diese auch die Kollegen hier inspirieren.

Eine besondere Gefahr droht uns Arbeitern jetzt von den Dumpinglöhnen des Arbeitsamtes, besonders im Zusammenhang mit der Aushöhlung des Flächentarifvertrages. Wenn ein Betrieb seinen eigenen Tarif hat und dann viele Dumpinglöhner bis zu 50% (70% Lohn x 70% Zuschuss), so kann der Boss dann leicht damit die Kollegen erpressen und Lohnkürzungen durchsetzen. Dagegen werden die staatlichen Kürzungen nur Minikürzungen sein.

Wir müssen in den Betrieben heute schon gegen die Einstellung von Dumpinglöhnern Stellung beziehen und uns wehren. Unterstützt die Kampagne gegen die PSA-Dumpinglohnfabriken.

Die Gewerkschaftsführung und die Betriebsräte dürfen oft nicht zum Streik oder Betriebsbesetzungen aufrufen, sonst werden sie haftbar gemacht. Deshalb muss die Basis die Funktionärskollegen entlasten und die Sache selber in die Hand nehmen. Gründet Komitees, die vollen Tariflohn für alle durchsetzen. Wehret den Anfängen.

## **Butter statt Kanonen! Flächentarif für alle!**

**März, Westerwelle und Schröder:  
Hände weg vom DGB!**



**und Weltherrschaft**

Kontakt: Karsten Schmitz, Köln  
☎ 0221-2823135 oder 01758181751